

Antrag
(Alternativantrag)

der Fraktion der CDU

zu dem Antrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/3205 –

Für eine nachhaltige Völkerverständigung – Weiterführung der Tradition der Friedensarbeit in Rheinland-Pfalz

Rheinland-Pfalz hat durch seine Grenzlage ein besonderes Interesse an einem friedvollen Miteinander mit seinen europäischen Nachbarn. Aufgrund der intensiven und umsichtigen Arbeit vielfältiger Initiativen, Institutionen sowie der Landes- und Bundespolitik konnte insbesondere mit Frankreich, Belgien und Luxemburg eine enge Freundschaft aufgebaut werden. Besonders erfreulich sind zudem die Aussöhnung und die enge Partnerschaft mit Israel. Die USA wurden durch die Truppenstationierung in Rheinland-Pfalz zu einem Partner in direkter Nachbarschaft. Aus dieser langjährigen Nachbarschaft bildete sich über die Jahre eine intensive Freundschaft heraus, die in vielen Regionen des Landes direkt erfahrbar ist.

Heute gilt es, diese Freundschaften und engen Partnerschaften nicht als selbstverständlich anzusehen, sie nicht durch leichtsinnige Entscheidungen aufs Spiel zu setzen, sondern an dem Erhalt und der Intensivierung des friedvollen Miteinanders zu arbeiten.

Deshalb fordert der Landtag die Landesregierung auf,

- auf die Gründung einer Friedensakademie Rheinland-Pfalz zu verzichten und stattdessen Kooperationsmöglichkeiten mit der „Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung“ zu suchen;
- die Grundlagenarbeit der deutsch-polnischen Beziehungen des Deutschen Polen-Instituts in der bisherigen Weise zu fördern;
- die Freundschaftsarbeit insbesondere mit Frankreich, den USA und Polen zu intensivieren und die entstandenen Irritationen aufgrund der Entscheidungen zum Deutschen Polen-Institut auszuräumen;
- im Sinne einer nachhaltigen Freundschaft mit den USA offen Meinungsverschiedenheiten anzusprechen, antiamerikanische Reflexe zu vermeiden und die Arbeit der Atlantischen Akademie Rheinland-Pfalz in der bisherigen Weise zu fördern;
- im Sinne der Grundlagenarbeit den fachspezifischen Unterricht in Sozialkunde und Geschichte zu stärken und Unterrichtsausfall zu vermeiden.

Für die Fraktion:
Hans-Josef Bracht